

**Fragestunde im Deutschen Bundestag,
18. Januar 2023**

Wahrnehmung durch **StMin Dr. Anna Lührmann**

Frage Nr.: 53

MdB: Martina Renner

Fraktion: Die LINKE.

Frage:

„Welche Schritte hat die Bundesregierung seit den ersten Todesurteilen gegen inhaftierte Teilnehmer von Demonstrationen und den seit Anfang Dezember 2022 erfolgten Exekutionen inklusive teils öffentlicher Zurschaustellung der Körper der Exekutierten in Iran im Einzelnen unternommen, um gegenüber Einrichtungen oder Vertretern der Islamischen Republik Iran in Deutschland auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen und gegen die Vollstreckung der Todesurteile zu protestieren, während gleichzeitig Deutschland wichtigster Handelspartner der Islamischen Republik Iran in Europa ist (<https://de.euronews.com/kultur/2022/12/18/unterstuetzung-konterrevolutionarer-kreise-bekannt-iranische-schauspielerin-alidoosti-verh>, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/deutsche-iran-exporte-sind-2022-gestiegen-trotz-protesten-a-16e86f45-6b57-4572-b312-848db778ded4>)?“

Antwort:

Die Bundesregierung hat auf die brutale Niederschlagung der Proteste in Iran entschieden und in aller Deutlichkeit reagiert.

Bereits am 26.10.22 verkündete die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, ein nationales Maßnahmenpaket zur Anpassung der Beziehungen zu Iran. Dieses beinhaltet unter anderem die Reduzierung von Einreisevisa für iranische Offizielle, die Beendigung wirtschaftlicher Dialogprogramme sowie weitere Maßnahmen zur Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Sondersitzung des VN-Menschenrechtsrats in Genf am 24. November 2022 initiiert, bei der ein Untersuchungsmechanismus zur Dokumentation und Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen („Fact Finding Mission“, FFM) in Iran mandatiert wurde.

Beim Außenrat am 12. Dezember 2022 wurden weitere Sanktionen gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen in Iran sowie zum ersten Mal seit 2019

umfassende Ratsschlussfolgerungen beschlossen, die die kritische Haltung der EU deutlich zum Ausdruck bringen. Mit Blick auf den RfAB am 23. Januar wird bereits an weiteren Listungen gearbeitet, darunter auch Individuallistungen von IRN
Revolutionsgarden

Die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Hebestreit, sowie die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg, haben mehrfach öffentlich drohende Todesurteile und drohende beziehungsweise erfolgte Hinrichtungen auf das Schärfste kritisiert (zuletzt in einem Tweet der Bundesministerin des Auswärtigen vom 8. Januar, sowie auf der Pressekonferenz am 9. Januar).

Seit den ersten im Zusammenhang mit den Protesten in Iran erfolgten Hinrichtungen Anfang Dezember 2022 hat das Auswärtige Amt wiederholt den iranischen Botschafter einbestellt, dabei die Hinrichtungen aufs Schärfste verurteilt und an Iran appelliert, weitere Hinrichtungen sofort auszusetzen.

Auf gleicher Linie hat auch der deutsche Botschafter in Teheran anlässlich verschiedener Gespräche im iranischen Außenministerium die missbilligende Haltung der Bundesregierung hierzu vorgebracht.